

## Erklärung des Arbeitnehmers bezüglich des Erhalts des Mindestlohns nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz

Mein Arbeitgeber, die Firma \_\_\_\_\_  
hat mir den Wortlaut des § 1a des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) vorgelegt. Nach dieser  
Vorschrift haften Unternehmer, die Bauaufträge vergeben, für die Verpflichtungen des  
Auftragnehmers auf Zahlung des Mindestentgelts nach dem AEntG. Um das Haftungsrisiko des  
Auftraggebers einzuschränken bzw. damit von meinem Arbeitgeber gegebene Sicherheiten reduziert  
werden können, bestätige ich,

Name: \_\_\_\_\_

Geburtsdatum: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

dass die mir gezahlte Vergütung für jede tatsächlich geleistete Arbeitsstunde **mindestens ab  
01.01.2021 12,85 € brutto** beträgt und dass ich unter Abzug von Steuern und Sozialversicherung den  
Nettobetrag daraus ausbezahlt bekomme.

Ich versichere ausdrücklich, dass Lohn-/Gehaltsrückstände nicht bestehen und dass neben den  
gesetzlichen Abzügen keine weiteren Abzüge von meinem Bruttolohn erfolgt sind.

Ich bin ausdrücklich damit einverstanden, dass diese Erklärung von meinem Arbeitgeber potentiellen  
Auftraggebern vorgelegt wird.

Ich verpflichte mich ausdrücklich die Martin Wurzel Baugesellschaft mbH, Jülich, unverzüglich  
schriftlich in Kenntnis zu setzen, falls der mir zustehende Nettolohn (nach Abzug von Steuern und  
Sozialabgaben) nicht bis zu 15. des Folgemonats vollständig an mich ausgezahlt wird.

Mir ist bewusst, dass ich bei Nichtbeachtung der eingegangenen Verpflichtung einen eventuellen  
Ersatzanspruch gegenüber der Martin Wurzel Baugesellschaft mbH, Jülich, verliere.

\_\_\_\_\_

Ort, Datum

Unterschrift des Arbeitnehmers